



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl, Gülseren Demirel, Cemal Bozoğlu, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Johannes Becher, Dr. Martin Runge, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Hinterlegungsgesetzes

**hier: Förderangebote an Hochschulen für alle – keine zwei Klassen bei Geflüchteten
(Drs. 18/21092)**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Überschrift werden die Wörter „**und weiterer Rechtsvorschriften**“ angefügt.
2. In § 1 wird folgende Überschrift eingefügt:
„Änderung des Bayerischen Hinterlegungsgesetzes“.
3. Nach § 1 wird folgender § 2 eingefügt:

§ 2

Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes

Nach Art. 99 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) vom 23. Mai 2006 (GVBl. S. 245, BayRS 2210-1-1-WK), das zuletzt durch § 2 des Gesetzes vom 23. Dezember 2021 (GVBl. S. 669) geändert worden ist, wird folgender Art. 100 eingefügt:

„Art. 100

Besondere Förderangebote für Migrantinnen und Migranten

¹Hochschulen können für studieninteressierte, nicht immatrikulierte Migrantinnen und Migranten besondere Förderangebote einrichten. ²Der Freistaat Bayern stellt die entsprechenden Mittel zur Verfügung. ³Die Hochschulen sind nicht befugt, Prüfungen abzunehmen, die zu einem allgemeinen Bildungsabschluss führen. ⁴Entsprechende Angebote können jeweils längstens zwei Jahre an einer Hochschule in Anspruch genommen werden. ⁵Die Hochschulen regeln die Einzelheiten durch Satzung, insbesondere zum Status der Migrantinnen und Migranten, zu den Zugangs- und Zulassungsvoraussetzungen zu den Angeboten, zu möglichen Prüfungen sowie zur Datenerhebung und Datennutzung. ⁶Die Bestimmungen über den Hochschulzugang und die Hochschulzulassung bleiben unberührt. ⁷Entsprechende Angebote der Hochschulen können von Migrantinnen und Migranten innerhalb der ersten drei Jahre nach ihrer Einreise in die Bundesrepublik Deutschland begonnen werden.“

4. Der bisherige § 2 wird § 3 und wie folgt geändert:
 - a) Folgende Überschrift wird eingefügt:

„Inkrafttreten, Außerkrafttreten“.

- b) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Der Wortlaut wird Satz 1.
 - bb) Folgender Satz 2 wird angefügt:
„²Abweichend von Satz 1 tritt § 2 mit Wirkung vom 1. März 2022 in Kraft.“

Begründung:

Die Fraktionen CSU und FREIE WÄHLER wollen mit ihrem Änderungsantrag auf Drs. 18/22291 den außer Kraft getretenen Art. 8 des Bayerischen Integrationsgesetzes (BayIntG) im Bayerischen Hochschulgesetz wieder einführen, begrenzen diesen jedoch nun auf die Personen, die kriegsbedingt aus der Ukraine geflohen sind. Dies ist ein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz. Daher soll in Satz 1 des neuen Art. 100 BayHSchG nicht auf „Personen, die kriegsbedingt aus der Ukraine geflüchtet sind, sondern wie im früheren Art. 8 BayIntG auf „Migrantinnen und Migranten“ abgestellt werden.

Dass die Regelung sinnvoll ist, zeigt die Tatsache, dass sie bereits ein zweites Mal eingeführt werden soll. Die Befristung auf fünf Jahre ist deshalb nicht mehr notwendig. Um zu verhindern, dass Migrantinnen und Migranten unbefristet auch nach einer bereits erfolgten Integration weiterhin diese Ausnahmeregelung nutzen können, wird die Aufnahme dieser Kurse auf die ersten drei Jahre nach Ankunft in der Bundesrepublik Deutschland befristet.

Die Übernahme dieser Aufgabe als „Rucksackaufgabe“ aus vorhandenen Stellen und Mitteln ist den meisten Hochschulen aufgrund der seit Jahren prekären Grundfinanzierung der bayerischen Hochschullandschaft nicht möglich. Daher sollte den Hochschulen eine entsprechende Finanzierung durch den Freistaat Bayern in Aussicht gestellt werden.